



GLEICHEN

Rundschau

DEUTSCHLAND SOZIAL UND DEMOKRATISCH

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Gleichen,



Thomas Oppermann

zur Bundestagswahl am 27. September 2009 bewerbe ich mich wieder als Direktkandidat in diesem Wahlkreis, der die Stärken von Forschung und Entwicklung sichtbar macht, aber in dem auch die Aufgaben sichtbar werden, die wir gemeinsam lösen müssen.

Eine Flächengemeinde wie Gleichen mit ihren 16 Ortschaften blickt mit einigen Sorgen auf den demographischen Wandel. Es müssen jetzt die Weichen gestellt werden, um junge Menschen in der Gemeinde zu halten. Kinderbetreuung, Schulen, Ausbildungsplätze, Freizeitangebote, Verkehrswege – das sind die Themenbereiche, an denen jetzt gearbeitet werden muss. Ich bin froh, dass ich in den vergangenen vier Jahren als starke Stimme der Region in Berlin eine Menge Unterstützung für die Arbeit vor Ort einwerben konnte. Mitte August hatte ich vor Ort Gelegenheit, in Reinhausen zu erleben, wie eine lebendige Gemeinde aktive Zukunftssicherung betreibt.

Im Wahlkampf sollen die Menschen erfahren, wie sozialdemokratische Ideen für die kommenden vier Jahre und darüber hinaus aussehen: Wir stehen für Teilhabe und Chancen für viele statt Privilegien für wenige. (weiter auf Seite 2)

Inhalt:

Thomas Oppermann, unser Kandidat für die Bundestagswahl	1
Das haben wir schon erreicht	2
8 Ziele, für die wir kämpfen	4
Interview mit Klaus Peter Bruns	4
Wahlkampf oder doch eher Wahlkrampf?	6
Sommerreise Thomas Oppermann (MdB)	7
Rettung des Wendebachstausees Der neuste Stand!	8
Modellvorhaben Siedlungsentwicklung Der Visionär	8 9
Aus den Dörfern:	
<u>Bremke</u>	
Unterhaltungsmaßnahmen am Wendebach in der Ortslage Bremke	10
<u>Reinhausen</u>	
4. Waldstraßenfest in Reinhausen Ein voller Erfolg!	10
<u>Sattenhausen</u>	
Sanierung des Feuerwehrgerätehauses kurz vor der Vollendung	11
Aus dem Rat:	
Konjunkturpaket II – 855.000 EURO für Gleichener Infrastruktur	11
Aus dem Kreistag:	
Weitere Gesamtschulen im Kreis?	12
Impressum	12



Angefangen bei der Bildungsfrage. Die SPD will die Zahl der 80.000 Schulabbrecher jedes Jahr um zehn Prozent senken, das Schüler-BAFöG ausbauen und den Rechtsanspruch von Krippenkindern auf Ganztagsbetreuung umsetzen. Wir stehen für Ganztagschulen und wollen den Elternwillen für wohnortnahe Gesamtschulangebote durchsetzen.

Die SPD tritt für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro ein. Persönliche Rücklagen, die der privaten Altersvorsorge dienen, sollen weniger als bisher auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden.

Wir stehen zum Atomausstieg! Wir wollen weg vom Öl und den Ausbau erneuerbarer Energien weiter vorantreiben. Das sichert qualifizierte Arbeitsplätze und dient dem Klimaschutz. Nach den neuesten Zwischenfällen in Krümmel

ist endgültig klar, dass der Atomausstieg sinnvoll, machbar und ohne Alternative ist.

In der Steuerpolitik sagen wir klar, dass die von der Union geforderten Senkungen über die vereinbarten Schritte hinaus weder finanzierbar noch sinnvoll sind. In der jetzigen Situation müssen breite Schultern mehr tragen. Deshalb fordern wir einen Bildungssoli als Aufschlag für Spitzenverdiener.

Die SPD geht mit einem klaren Programm in die Wahl. An einflussreicher Stelle möchte ich an dessen Umsetzung mitwirken. Bei der

Bundestagswahl am 27. September 2009 bitte ich Sie daher um Ihre Unterstützung. Geben Sie mir bitte Ihre Erststimme. Wählen Sie mit Ihrer Zweitstimme die SPD.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Oppermann

www.thomasoppermann.de

Das haben wir schon erreicht!

Den Arbeitsmarkt reformiert. In der Krise das Richtige getan. Stark in der Zukunft.

Mit der Arbeitsmarktreform der rot-grünen Bundesregierung haben wir die Voraussetzungen für

eine bessere Vermittlung und eine bessere Betreuung von Langzeitarbeitslosen geschaffen. In dem beschlossenen Ausbildungspakt wurden Zielvereinbarungen mit der Wirtschaft über deutlich mehr betriebliche Ausbildungsplätze

getroffen, die auch eingehalten wurden. Die Erwerbsbeteiligung älterer Bürgerinnen und Bürger konnte deutlich von 38 auf 52 Prozent gesteigert werden. Als Ergebnis unserer Politik konnte die Arbeitslosigkeit in den letzten vier Jahren erstmals wieder unter 3 Millionen gesenkt werden.

Aktuell kämpfen wir mit den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die SPD hat besonders mit den verbesserten Bedingungen für die Kurzarbeit dafür gesorgt, dass die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt bislang gedämpft werden.



Frank-Walter Steinmeier und Thomas Oppermann für eine starke Mitte

durch Arbeit mit guten Löhnen und Arbeit zu fairen Bedingungen, durch bessere Bildung und Qualifizierung und gerechte Steuern und Abgaben!

Gute Bildung für alle

Die SPD hat in der rot-grünen Regierungszeit mit einem 4-Milliarden-Euro-Programm erreicht, dass bis heute bundesweit 7.000 Ganztagschulen aus- und aufgebaut wurden. In dieser Zeit haben wir auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung um 38 Prozent erhöht. In der großen Koalition hat die SPD eine weitere Steigerung um 6 Milliarden Euro durchgesetzt. Außerdem hat die SPD erreicht, dass das BAföG um 10 Prozent erhöht wurde. Wir haben den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab eins gegen den Willen der CDU/CSU erkämpft und mit dem Ausbildungsbonus Jugendlichen bessere Chancen auf einen Ausbildungsplatz ermöglicht. Wir unterstützen Schulkinder aus einkommensschwachen Familien. Zum Beispiel erhalten Kinder aus diesen Familien jedes Schuljahr 100 Euro für Schulmaterialien. Wir haben schon einiges geschafft, aber es gibt noch viel zu tun.

Verantwortungsvolle Energiepolitik

Atomausstieg beschlossen, neue Energie gefördert! In der rot-grünen Regierung haben wir den Atomausstieg beschlossen und mit uns wird es auch zukünftig keine Renaissance der Atomkraft geben. Dies ist ein wichtiges Signal für die Generation unserer Kinder und deren Kinder, für eine sichere und saubere Umwelt, denn Atomstrom ist kein Ökostrom, sondern eine gefährliche Risikotechnologie. Wir haben gleichzeitig die Energiewende eingeleitet. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung liegt heute bereits bei über 14 Prozent. Über 285.000 Menschen arbeiten schon in diesem Bereich. Mit der SPD ist die saubere Umwelt zu einem Jobmotor geworden und Deutschland zum Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel. Gleichzeitig haben wir im Naturschutz große Erfolge erzielt.

Das haben wir für die Familien schon erreicht

Wir haben das Elterngeld eingeführt und damit dafür gesorgt, dass Familien nach der Geburt eines Kindes ihren Lebensstandard halten können. Insbesondere Väter, auf deren meist höheres Einkommen Familien nicht verzichten können, haben erstmals realistische Chancen, Elternzeit in Anspruch

zu nehmen und erhalten dafür mit den Partnermonaten einen zusätzlichen Anreiz.

Wir haben durchgesetzt, dass es ab 2013 für jedes Kind vom ersten Geburtstag an einen Rechtsanspruch auf Betreuung gibt. Damit haben Eltern die Sicherheit, im Anschluss an das Elterngeld ihre Berufstätigkeit wieder aufnehmen zu können. Gleichzeitig werden damit die Voraussetzungen geschaffen, dass alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft früh gefördert werden können.

Mit der Pflegereform 2008 haben wir die Leistungen für - insbesondere auch an Demenz erkrankte - Pflegebedürftige und ihre Angehörigen deutlich verbessert. Angehörige haben durch die Einführung einer Pflegezeit neue Möglichkeiten erhalten, bei befristeter Freistellung von der Arbeit und voller sozialer Sicherheit die Pflege zu übernehmen.

Die Errungenschaften des Sozialstaates erkämpft und erhalten!

Die SPD hat den Sozialstaat stabil und handlungsfähig gemacht und reformiert, dort, wo es nötig war. Heute in der Krise merken wir, wie wichtig das ist: Unsere soliden Sozialsysteme geben den Menschen Halt. Wir haben das Kurzarbeitergeld durchgesetzt. Gerade in diesen schwierigen Zeiten sorgt es für Job-Erhalt statt Kündigung. Das hilft den Betrieben jetzt und schützt vor Fachkräftemangel in der Zukunft. Die solidarische Kranken- und Pflegeversicherung gewährleistet eine stabile und gute Versorgung - es gibt trotz Wirtschaftskrise keine Leistungskürzungen. Unser Einsatz gegen eine weitere Privatisierung der Gesundheitsversorgung oder der Renten war und bleibt richtig. Denn in allen Ländern, in denen privatisiert wurde, leiden heute die Menschen unter dem schlechten Versorgungsniveau. Auch Menschen mit Behinderung haben durch die SPD-Politik in den vergangenen Jahren mehr Chancen auf aktive Teilhabe erhalten. Es ist ein besonderer SPD-Erfolg, dass heute jeder Mensch das Recht auf eine Krankenversicherung hat. Die Rentenversicherung ist heute zukunftssicher finanziert und bietet eine verlässliche Altersvorsorge. Unser Sozialstaat wirkt!

Frauenpolitik ist Zukunftspolitik!

Die Gleichstellung der Frau ist eines der ältesten Ziele der Sozialdemokratie. Vor 90 Jahren hat die SPD das Frauenwahlrecht erkämpft. Mit den entsprechenden Gesetzen haben wir Frauen besser vor Gewalt geschützt, für mehr Gleichbehandlung gesorgt und Frauen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht.

Wir haben das Leben der Frauen in Deutschland in vielen Bereichen verbessert. Wir haben den Rechtsanspruch auf Teilzeitbeschäftigung und Teilnahmemöglichkeiten an beruflicher Qualifizierung durchgesetzt.

Wir haben Managergehälter begrenzt und die Menschen entlastet.

Wir stehen vor enormen Herausforderungen. Aber wir haben jetzt die Chance, alles zu tun, damit eine solche Krise nie wieder die Zukunft vieler Menschen aufs Spiel setzt. Deshalb hat die SPD bereits neue Regeln für die Finanzmärkte erkämpft.

Wir haben Managergehälter begrenzt und für mehr Transparenz in den Bank-Bilanzen gesorgt. Gegen die Störfeuer von CDU/CSU und FDP haben wir ein Gesetz gegen Steuerrückstellungen durchgesetzt. Auf europäischer Ebene wurden klare Regeln für Finanzinstitute beschlossen. Außerdem haben wir die Menschen steuerlich entlastet.

Wir haben den Eingangssteuersatz auf 14 Prozent gesenkt und den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung mehr als halbiert. Darüber hinaus haben wir auch das Kindergeld auf 164 Euro monatlich erhöht. Damit unterstützen wir Familien effektiv.

8 Ziele, für die wir kämpfen

DEUTSCHLAND SOZIAL UND DEMOKRATISCH

Bei der Bundestagswahl entscheiden Sie, welchen Weg Deutschland in der Zukunft gehen wird. Den Weg der alten Rezepte oder den sozialdemokratischen Weg, der Sicherheit und Chancen für alle bedeutet.

Wir kämpfen für:

1. Gute Löhne für gute Arbeit - und zwar für alle!

Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn durchsetzen. Und eine Arbeitsversiche-

rung, die schon im Job hilft, Arbeitslosigkeit zu vermeiden - zum Beispiel durch Weiterbildung.

2. Erstklassige Bildung ohne Gebühren!

Alle haben das Recht auf Bildung ohne Gebühren - von der Kita bis zur Uni. Das sichert Lebenschancen.

3. Klimaschutz mit sicherer Energie statt gefährlicher Atomkraft!

Schon heute arbeiten viele Menschen im Bereich der Neuen Energien. Das fördern wir weiter. Für Arbeit und Umwelt!

4. Unterstützung für unsere Familien!

Ob Eltern, Kinder oder Senioren - wir werden Familien über alle Generationen unterstützen. Vom Kitaplatz bis zum würdevollen Leben im Alter.

5. Echte Gleichstellung für Frauen!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und mehr Chancen zum Aufstieg in Führungspositionen - dafür kämpfen wir.

6. Ein tolerantes Land für alle - Vielfalt statt Einfalt!

Gemeinsamkeit macht Deutschland stark - nicht das Gegeneinander.

7. Eine menschliche Gesellschaft statt ungezügelm Kapitalismus!

Mit klaren Regeln für die Finanzwirtschaft und Investitionen statt Spekulationen.

8. Fortschritt durch Bildung, Arbeit und Nachhaltigkeit

Interview mit Klaus Peter Bruns

Das Interview führt für die Gleichen Rundschau (GR) Bärbel Diebel-Geries und Ulrike Benstem

Lieber Klaus Peter Bruns, mit fast 100 Lebensjahren, mehr als 60 Jahren in der aktiven Politik und als Gestalter der Gemeinde, des Landes und der SPD würden wir gern einige Fragen an dich stellen.

60 Jahre Grundgesetz ein Grund zum Feiern, oder hat sich die Demokratie zu weit von den Menschen entfernt?

Bruns: Grund zum Feiern ja! Das Vorhaben eine freiheitliche Demokratie mit gleichen Rechten und gleicher Würde für eine friedliche Völker- und Staatengemeinschaft zu schaffen, war ein großes Ziel! Dafür haben wir uns leidenschaftlich und mit Erfolg eingesetzt! Unsere Demokratie hat seit den 80er Jahren an sozialer Gerechtigkeit und Solidarität verloren. Kein Grund für Bürger verdrossen und passiv zu werden, sondern Demokratie ist immer auch das, was wir als Bürger daraus machen!

GR: Am 27.09 wird der 17. Bundestag gewählt. Was hat sich verändert, warum gehen immer weniger Bürgerinnen und Bürger zur Wahl?

Bruns: Die letzten Landtagswahlen haben gezeigt, das wird sich ändern! Die Politik des Bundes fördert den Gruppenegoismus. Die Politiker versprechen zu viel und fordern zu wenig! Es fehlen die Visionen und die Herausforderungen. Für unsere SPD-Ziele: eine intakte Natur, Frieden in der Welt, soziale Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit, Bildung muss mehr getan und geworben werden.

GR: Thomas Oppermann ist unser Bundestagsabgeordneter. Er ist dir als Landtagsabgeordneter gefolgt. Was bedeutet seine Arbeit in Berlin für Gleichen und die Region Süd-Niedersachsen?

Bruns: Thomas ist hier in Südniedersachsen der aktivste und erfolgreichste Politiker überhaupt! Beste Beispiele seines Wirkens sind z.B. die Förderung der Universität und der Bildungspolitik und der hiesigen Wirtschaft. In Berlin wird er für eine einheitliche Bildungspolitik sorgen, die für Kinder, Jugendliche in allen Ländern und allen Gemeinden optimal und kostenfrei ist, vom Kindergarten bis zur Universität.

GR: Die Weltwirtschaftskrise ist auch in Gleichen angekommen. Die Einnahmen des Gemeindehaushaltes brechen ein. Noch letztes Jahr schien der Abbau aller Schulden möglich, nun müssen wir wieder neue Schulden machen. Welche Weichenstellungen dürfen wir jetzt nicht verpassen?

Bruns: In der momentanen Situation dürfen wir unsere Anstrengungen im Bereich Bildung und familienfreundliche Betreuungsangebote nicht in Frage stellen. Sondern wir müssen uns fragen, was müssen wir noch mehr tun? Unsere Leistungen, die wir für Familien, den Umwelt- Natur- und Landschaftsschutz und die Naherholung für den gesamten Landkreis leisten, müssen wir offensiv nach außen stellen.

GR: Demografischer Wandel, auch in Gleichen ein großes Thema. 30 Jahre ist die Bevölkerung in Gleichen stetig gewachsen. Nun wird prognostiziert, dass die Bevölkerung zurückgeht. Zuerst merken wir es in unseren Kindertagesstätten und Schulen. Was können wir tun, sind die bisherigen Strategien noch richtig?

Bruns: Es wird nicht nur prognostiziert, sondern ist seit 2007/2008 schon Tatsache.

Die gegenwärtige ungebremste demografische Entwicklung und die Vernachlässigung der ländlichen Räume durch die Politik führen zur Ausräumung und zum Ausbluten der ländlichen Räume. Gleichen, die flächengrößte, am dünnsten besiedelte, wohl finanzschwächste Gemeinde des Landkreises wird ein erstes Opfer sein. Die Schülerzahlen sinken von jetzt 470 auf unter 280 um 40 %, die Abwanderung nimmt zu, die Zuwanderung rapide ab und in unseren kleinen Dörfern sind Bauernhöfe und Häuser immer häufiger weder vermietet noch verkaufbar. Schon jetzt sieht es so aus, als hätten wir am Verwaltungssitz in Reinhausen ab 2010 keine attraktive oder überhaupt ausreichende Einkaufsmöglichkeit mehr, und der Schulstandort ist auch gefährdet.

GR: Sollen wir dies alles so hinnehmen nach dem Motto: Wir können ohnehin nichts ändern!?

Bruns: Ich sage Nein! – Dies war noch nie mein Standpunkt und darf auch nicht unser Standpunkt sein. Wir müssen gemeinsam, d.h. alle Ortschaften Gleichens zusammen, aktiv entgegenwirken und uns in Freundschaft auf ein gemeinsames Ziel festlegen:

Gute Nahversorgung, gute Bildung, guter Nahverkehr in Gleichen – die Gemeinde in bewahrter Natur und Landschaft!

GR: Natur und Landschaft zeichnen unsere Gemeinde aus. Leider bringt uns dies keinen materiellen Vorteil. Im regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises nimmt die Gemeinde die Aufgabe Wohnen und Naherholung wahr. Nimmt Gleichen nicht eine Sonderrolle im Landkreis und Land ein, die entsprechend gewürdigt werden müsste?

Bruns: Unsere Leistungen für den Landkreis, die Stadt und das Land werden nicht honoriert. Ganz im Gegenteil, ein Ausgleich im Vergleich zu anderen Kommunen erfolgt nicht. Auch unsere Leistungen für die Naherholung, zum Beispiel durch die einmalige Anlage des Wendebachsees, der das kostenlose Baden ermöglicht und eine aktive Unterstützung von Familien darstellt, wird von Stadt und Landkreis zu wenig unterstützt. 70 % der Gemeindeflächen stehen unter dem europäischen Schutzstatus Natura 2000, zu dem das Vogelschutz- und das FFH-Gebiet gehören. Wir haben die artreichsten Laubwälder, seltene Trockenrasen und naturnahe Gewässer, archäologische Raritäten wie Bandkeramiker-Siedlungen, Wehrkirchen, eine Klosteranlage, ein Regionales Umwelt- und Bildungszentrum (RUZ) und und und.

Meine Forderung: es müssen mehr öffentliche Mittel für den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Gemeinde akquiriert werden.

Wenn wir uns untereinander streiten, werden wir wenig erreichen.

Wenn wir uns einig sind, können wir die Herausforderungen meistern und das Bestmögliche für unsere Gemeinde schaffen!

GR: Vielen Dank für das Interview!

Wahlkampf oder doch eher Wahlkrampf?

Irgendwie ist dieses Jahr alles anders. Man muss sich schon bewusst umsehen, um wirklichen Wahlkampf beobachten zu können.

Liegt es an der Wirtschaftskrise, dem Superwahljahr, der Schweinegrippe oder ist schon alles eine ausgemachte Sache? Jedenfalls hat man den Eindruck, dass viele Politiker ir-

gendwie unmotiviert sind. Kein Wunder wenn man seinen Wahlkampf auf die fast wöchentlich erhobenen, erheblich schwankenden Wahlprognosen ausrichten muss. Eine Inszenierung, bei der die Parteien, die nicht ständig auf den Sofas der Medien dazu Stellung nehmen, schon verloren haben. Politik degradiert so zu einer Realityshow.

Bei Wahlkampfkosten von über 63 Millionen Euro, also rund 1 Euro pro Bürger, haben die potentiellen Wähler schon einen gewissen Anspruch auch auf Unterhaltung. Das sollte allerdings nicht dazu führen, dass die Themen dem Ernst der Lage unserer Republik nicht gerecht werden. Allerdings ist man als Wahlkampfbeobachter bei dem dahinplätschernden Bundestagswahlkampf dann doch glücklich um jedes lauter werdende Thema:

- ◆ Frau Angela Merkel (CDU), die derzeit von den vielen Plakaten auf uns herablickt, wirbt mit den Worten „Wir haben die Kraft“. Man möchte es ihr ja gerne glauben, aber ihr Wahlkampf wie auch ihre Politik haben da eher ein kraftloses Prädikat. Unser Land braucht aber keine farblose, hölzerne Galionsfigur als Bundeskanzler, sondern eine entscheidungsfreudige Führungspersönlichkeit, die sich auch mit den kapitalstarken Kräften anlegen kann, im Sinne einer sozial und demokratischen Politik, im Sinne der Mehrheit unserer Bürger.
- ◆ Peter Hinze (CDU) fordert 1,5 Milliarden Euro für eine unbemannte Mondfahrt als Projekt für die bundesdeutsche Raumfahrtindustrie. Vergessen wir bei dieser Forderung mal, dass es doch eine Europäische Weltraumbehörde (ESA) für solch koordinierende Raumfahrtaktivitäten gibt und dass am 20.7.1969 bereits der erste Mensch den Mond betrat. Schauen wir lieber auf den Kontrast dieser unnötigen Industriesubvention zu der Feststellung, dass unser Land noch nicht mal in der Lage ist, Erzieher und Sozialarbeiter angemessen zu bezahlen. Die Forderung des Theologen Hinze ist da weder christlich noch sozial!
- ◆ Das leidige Thema Dienstwagen. Warum ausgerechnet Renate Künast (Grüne) auf dem Thema Dienstwagennutzung

so herumreitet, ist nicht ganz verständlich. Vielleicht resultiert das Interesse an diesem Thema aus ihrer Erfahrung, die sie als damalige Verbraucherschutzministerin mit Ihrem Ministerkollegen Jürgen Trittin mit der fleißigen Nutzung der Flugbereitschaft der Bundeswehr gemacht hatte (Stichwort „Lustreise nach Brasilien“). Wie auch immer ist das Thema Dienstwagennutzung kein angemessenes Wahlkampfthema, da gibt es wirklich Wichtigeres, auch für die Grünen.

- ◆ „Arbeit muss sich wieder lohnen“ so prangt der Aufmacher neben dem Konterfei von Guido Westerwelle (FDP) auf uns herab. Eine wahrlich frohe Botschaft, wenn man sie der FDP glauben mag. In 2006 forderte die FDP die Einschränkung der grundgesetzlich abgesicherten Streikmaßnahmen und die Erschwerung der Betriebsratswahlen. Der wahre Wille der FDP liegt klar auf der Hand, ihr geht es ausschließlich um Stärkung der Arbeitgeber und Schwächung der Arbeitnehmer. Eine Partei, die darüber hinaus gegen gesetzliche Mindestlöhne ist, steht für einen Arbeitslohn von weniger als 5 EUR/Stunde, soweit zu ihrer Floskel „Arbeit muss sich wieder lohnen“. In diesem Zusammenhang erscheint der Leitsatz in der Präambel des FDP Deutschlandprogramms 2009 „...Respekt vor den Bürgerrechten und der Verfassung“ wie eine Verhöhnung. Welcher Arbeitnehmer kann solch eine Partei wählen?

Zum Schluss noch einen Blick auf die Wähler. Seit längerem degenerieren viele Bürger in unserem Land zu Sofademokraten. Politik wird nur noch auf dem Sofa vor dem Fernseher wahrgenommen. Selbst zur Wahl hat der Bürger Schwierigkeiten, sein „Sofa“ zu verlassen, er widmet sich lieber seiner Freizeit als aktiv die Politik mitzugestalten.

Vergessen wir nicht, mit wieviel Blut und Schweiß unsere Bürgerrechte erkämpft wurden. Diese gilt es gegen alle negativen Strömungen zu verteidigen. Nur wer zur Wahl geht und sich aktiv an der politischen Meinungsbildung beteiligt verhindert, dass undemokratische Kräfte wachsen und auf die Politik Einfluss nehmen.

In unserer Republik ist noch das Volk der Souverän (über allen stehend). Damit es so

bleibt, muss der Bürger auch aktiv dieser Verantwortung gerecht werden. Nur meckern reicht bei weitem nicht!

In diesem Sinne: machen Sie ihr Kreuz und zwar an der richtigen Stelle!

Es grüßt Sie

Ihr Wahlkampfbeobachter

Man sollte den Wahlkampf nicht vor der Wahl führen, sondern danach - Tag für Tag, bis zur nächsten Wahl. (Konrad Weiß)

Sommerreise Thomas Oppermann (MdB)

Nicht nur in Wahlkampfzeiten besucht Thomas Oppermann unsere Gemeinde. Neben seinen vielfältigen Aufgaben als Abgeordneter und parlamentarischer Geschäftsführer informiert er sich laufend über Projekte und auch die Probleme in seinem Wahlkreis.

Auf seiner diesjährigen



Sommerreise besuchte er Mitte August den Rosenpark in Reinhausen.

Der Schaugarten im Bürgertal dient dem Erhalt regionaler alter und seltener Rosen. Jeden Freitag ist der Garten geöffnet und bereits durch Medienberichte überregional bekannt.

Eine besondere Freude war für die Kinder des Ortes an diesem Tag die Aufstellung der neuen Tore auf dem Platz Waldstr.



13.

Durch eine Firmenspende und die Unterstützung des Sportvereins konnten die zwei Aluminiumtore bereitgestellt werden. Für die Schulkinder ist nun auch in der Pause das

Fußballspielen möglich. Nachmittags ist der Platz für alle da.

Von der Waldstr.13 am Fuße des Kirchberges ging es mit Thomas Oppermann bergauf über den neuen Erlebnispfad zur Grundschule, die neben Bremke seit einem Jahr eine offene Ganztagschule ist. Bei einem leckeren Mittagsimbiss in den Räumen der offenen Ganztagschule erläuterten Vertreter der Schule, der Kindertagesstätte und der Kooperationsstelle das Konzept und bemängelten die vonseiten des Landes mangelnde finanzielle Ausstattung.



Die Gemeinde Gleichen unterstützt die offene Ganztagschule daher zusätzlich freiwillig, um z.B. die Finanzierung

sozialversicherungspflichtiger Pädagogischer Kräfte in Bremke und Reinhausen zu ermöglichen.

Ab diesem Schuljahr unterstützt die Gemeinde auch die Initiative des Fördervereins in der Grundschule Groß Lenden, die ebenfalls an vier Nachmittagen eine Betreuung und das Mittagessen anbietet.

Thomas Oppermann verspricht das Thema Bildung weiter voranzubringen und die Einrichtung vollwertiger Ganztagschulen zu unterstützen. Er sah auch hier den Bund in der Pflicht, alles Nötige zu veranlassen und die Länder nicht damit allein zu lassen.

Auf seiner weiteren Sommerreise wird er noch Bremke und weitere Stationen in Gleichen besuchen.

zwischen Vertretern des Landes und des Zweckverbandes Wendebachstausee statt. Die Ministeriumsvertreter erklärten, dass sie sich mit dem Vorschlag, den der Zweckverband hatte erarbeiten lassen, anfreunden könnten.

Zur Erinnerung:

Der Zweckverband hatte eine eigene Untersuchung in Auftrag gegeben, da die Vorschläge des Landes nicht zu finanzieren waren bzw. lediglich den Abriss des Staudammes und eine unakzeptable Zwei-Seen-Lösung vorsahen.

Die Ernüchterung kam dann, als der erste Vertragsentwurf auf dem Tisch lag. Von einer 100%igen Finanzierung des Hochwasserschutzes für Niedernjesa, von einer Ausbaggerung des Sees und von einer Abstandssumme für die jährliche Unterhaltung war da keine Rede mehr, obwohl hierfür in den oben genannten Gesprächen Zustimmung signalisiert worden war. Nach weiteren Gesprächen von Abgeordneten und einem Besuch des Umweltministers Sander ist die Hoffnung einer Einigung wieder gestiegen. Der Umweltminister sagte erneut eine Entschlammung des Sees und eine Ablösesumme zu. Allerdings stellte er nun überraschenderweise wieder die 100%ige Förderung des Hochwasserschutzes in Niedernjesa in Frage. Er sagte weiterhin zu, dass der zweite Vertragsentwurf nun zeitnah von seinem Ministerium übersandt werden sollte. Leider ist dies nun auch schon wieder einige Wochen her. „Es bleibt also weiterhin spannend“, sagt der Vorsitzende der Zweckverbandsversammlung Manfred Kuhlmann und ergänzt: „Wir werden nicht nachlassen, den Stausee als einmaliges Natur- und Erholungsgebiet für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und hoffen, dass nun endlich auch das Land diese Notwendigkeit anerkennt, die mündlichen Zusagen eingehalten und keine weiteren Hürden aufgebaut werden.“

Modellvorhaben Siedlungsentwicklung

Kopf in den Sand stecken bringt uns nicht weiter!

Wie schon in der Gleichen Rundschau 05/2008 berichtet, hat die Gemeinde Gleichen als eine von 7 Gemeinden an dem Mo-



Hampe Bestattungen

Hauptstraße 66 | 37085 Göttingen
 Fon: 05 51 / 7 97 43 85 | Mobil: 0160 / 90 89 50 81

Zur Alten Ziegelei 2a | 37130 Gleichen
 Fon: 0 55 08 / 9 7 98 54 | Fax: 0 55 08 / 9 7 98 53

eMail: info@hampe-bestattungen.de
 Internet: www.hampe-bestattungen.de

Bestattungen jeder Art

Rettung des Wendebachstausees

Der neuste Stand!

Zu Beginn des Jahres fanden im Umweltministerium in Hannover positive Gespräche

dellvorhaben zur Siedlungsentwicklung des Regionalverbandes Südniedersachsen teilgenommen. Die sieben Kommunen liegen in den drei südniedersächsischen Landkreisen Osterode am Harz, Northeim und Göttingen. Ihre prognostizierte Einwohnerentwicklung bis 2016 reicht laut Gutachten von +1% (Gemeinde Gleichen) bis -10% (Stadt Bad Sachsa). Gleichen steht damit im Vergleich zu anderen Gemeinden noch recht gut da.

Auf einer Informationsveranstaltung in Wöllmarshausen am 26. August zum Thema Siedlungsentwicklung und Demografischer Wandel des Regionalverbandes Südniedersachsen wurde deutlich, welche großen Aufgaben vor uns liegen.

Wir als SPD sehen es als unseren Auftrag an, diese Herausforderung konstruktiv anzugehen und durch sinnvolle Weichenstellungen die Attraktivität unserer Gemeinde für alle Bevölkerungsschichten weiter zu erhalten. Die Berichterstattung im GT, dass nur noch vier Dörfer eine Entwicklungsperspektive haben, ist falsch, inakzeptabel und entspricht so nicht den Ergebnissen des Gutachtens. Die Teilnehmer der o. g. Veranstaltung konnten daher den Bericht vom 28.08.09 im Göttinger Tageblatt nicht nachvollziehen. Richtig ist, dass wir uns dem demografischen Wandel stellen müssen. Richtig ist auch, dass es keinen Zuwachs in der Gemeinde gibt und die Geburtenzahlen stark zurückgehen. Richtig ist auch, dass es in dieser Situation keinen Sinn macht, Baugebiete auszuweisen bei stagnierender Nachfrage. Nicht richtig ist, dass irgendein Rückbau für einen oder mehrere Orte vorgesehen ist. Dies kann auch kein verantwortlicher Kommunalpolitiker wollen. So sind bereits in der Vergangenheit auch in Orten noch Baumöglichkeiten zur Eigenentwicklung geschaffen worden, wo dies eigentlich vorher nicht vorgesehen war. Dabei wird man aber die demografische Entwicklung nicht aus den Augen verlieren dürfen.

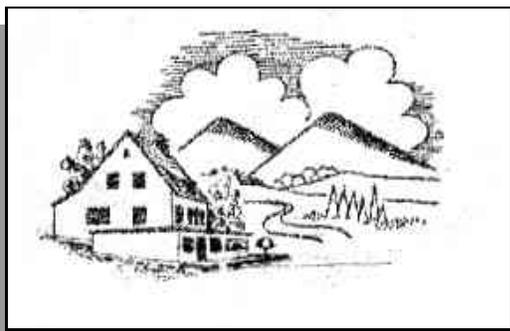
Fakt ist, wir werden weniger Einwohner. Doch es nutzt nichts, darüber zu lamentieren und das Thema negativ zu besetzen, denn dann wird dieser Prozess nur beschleunigt. Sondern wir alle müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass wir auch künftig eine lebens- und lebenswerte Gemeinde mit aktiven Dörfern bleiben.

Der Visionär

- Stellt Euch vor, die Parteienlandschaft ändert sich und alle Parteien haben ähnliche Ziele (z.B. gleiche Chancen für alle im Bildungsbereich)
- Stellt Euch vor, die zwei Säulen in unserer Demokratie, nämlich ein stabiles Parteiensystem und die Politik des sozialen Ausgleichs, sind auch weiterhin gewünscht
- Stellt Euch vor, es besteht auch weiterhin Konsens, den Sozialstaat weiterzuführen, sonst gibt es keine Mehrheiten
- Stellt Euch vor, Reformen sind möglich bei globalen Herausforderungen und Krisen und führen zu einem gewandelten Parteiensystem
- Stellt Euch vor, die Wähler gewöhnen sich an Minderheitsregierungen oder große Koalitionen als Regelfall und nicht als Ausnahme
- Stellt Euch vor, die Wähler gewöhnen sich an andere Farbkombinationen nach Wahlen und empfinden das als Stabilisierungsfaktor der Demokratie
- Stellt Euch vor, die Mobilisierungs- und Integrationskraft der Parteien sinkt weiter, und das Vertrauen in die Parteien nimmt weiter ab
- Stellt Euch vor, die BürgerInnen erkennen die Politik nicht hinter der Show der Darstellung
- Stellt Euch vor, der Trend zur Individualisierung verhindert Mitarbeit in Parteien als Organisationen, die programmatisch auf Gesamtnutzen hinzielen
- Stellt Euch vor, die Volksparteien finden bunte Mehrheiten für eine zukunftsfähige Politik und die BürgerInnen machen mit.....



Beliebtheit sollte kein Maßstab für die Wahl von Politikern sein. Wenn es auf die Popularität ankäme, säßen Donald Duck und die Muppets längst im Senat.
(Orson Welles)



Gaststätte „Die Gleichen“

Am Kauke 12, 37130 Gleichen
Gelliehausen
05508-212

Aus den Dörfern

Bremke

Unterhaltungsmaßnahmen am Wendebach in der Ortslage Bremke

Im Bereich der Ortslage Bremke besteht aus Sicht des Landkreises Göttingen, der Gemeinde Gleichen und des Leineverbandes Handlungsbedarf um den ordnungsgemäßen Wasserabfluss des Wendebachs zu gewährleisten.



Darüber hinaus sind einzelne Ufermauern-

linksseitig des Wendebaches in ihrem Bestand gefährdet.

In Ortsterminen am 05.12.2008 und 06.04.2009 wurden mit den Anliegern und dem Leineverband die notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen abgestimmt.

Die Unterhaltungsmaßnahmen umfassen die Beseitigung der Mängel an den Ufermauern, Entfernung von Abfluss hindernden Gehölzen, Sicherung der Böschungsfüße mit Wasserbausteinen und moderate Wiederaufweitung des Bachprofils.

Die Maßnahmen sowie notwendige Vor- und Nacharbeiten sind zum Teil von den Anliegern zu tragen, der Leineverband schließt

dazu Bauerlaubnisverträge mit den Anliegern ab.

Die Baumaßnahme soll unter günstigen Witterungsbedingungen im Sommer 2009 erfolgen.

Reinhausen

4. Waldstraßenfest in Reinhausen

Ein voller Erfolg!

Bereits zum 4. Mal feierten die Reinhäuser Mitbürgerinnen und Mitbürger ihr Waldstraßenfest als Dorffest. Da, wo sonst Autos, LKW und Busse vorbeirauschen, war mal wieder schlemmen, klönen, töpfern und spielen angesagt. Ortsrat, Vereine und Geschäftsleute hatten wieder ein buntes Programm zusammengestellt. Bei wunderbarem Wetter und einer gesperrten Landesstraße gab es viel zu sehen, zu probieren und zu studieren.

Ob Folienkartoffeln des Kleingartenvereins, Forellen des Angelsportclubs oder Kaffee und Kuchen des Schützenvereins, Weinprobe des Heimatvereins, Flohmarkt, Ponyreiten, Gesangsdarbietung des Gesangvereins oder die musikalische Unterhaltung der Lutertaler, insbesondere die Kinder kamen auf ihre Kosten und so wechselten zahlreiche gespendete Preise den Besitzer.

Ob beim Torwandschießen, Bobbycarrennen oder Sackhüpfen, die Kinder waren kaum zu bremsen.

Aber auch Nachdenkliches und Denksportaufgaben gab es durch Beiträ-



Spaß für Groß und Klein

ge des Fördervereins der Grundschule und den Kirchenvorstand. So war es kein Wunder, dass an die 1000 Besucher registriert werden konnten und das Fest als ein Beispiel für die gute Dorfgemeinschaft gewertet werden kann. Erst spät am Abend fanden die letzten Besucher den Weg nach Haus und einhelliger Kommentar: „Das muss nicht das letzte Fest gewesen sein.“ So werden sich die Organisatoren wohl auch in zwei Jahren wieder daran machen, dann das 5. Fest zu organisieren.



Sattenhausen

Sanierung des Feuerwehrgerätehauses kurz vor der Vollendung

Der Bohrer dröhnt und Staubwolken dringen aus Fenstern und Türen. Das Feuerwehrgerätehaus in Sattenhausen gleicht einer Großbaustelle. Hinter dem Gebäude stehen Container, in die immer wieder Bauschutt aus dem Gebäudeinneren befördert wird

So oder so ähnlich war das noch vor gut anderthalb Jahren, als die Arbeit begann.

Nach anfänglich heftig geführten Diskussionen über die Sanierung des maroden Feuerwehrgerätehauses (der Westgiebel drohte statisch nachzugeben) gab es seitens der Gemeinde grünes Licht für eine, nicht nur auf den Giebel bezogene, Sanierung.

Unter dem Einsatz erheblicher Eigenleistung wurde das Dach angehoben und der Dachboden des Gerätehauses zu einem modernen und funktionellen Schulungsraum ausgebaut. Die Einsatzkleidung findet heute Platz in einem kleinen Anbau der im seitlichen Anschluss an die Fahrzeughalle errichtet wurde. Auch Toiletten und eine effiziente Gasbrennwertheizung konnten im Zuge der Sanierung mit den zur Verfügung gestellten Mitteln installiert werden.

„Bislang haben die Mitglieder der Feuerwehr und Freunde aus Sattenhausen rund 3500 Arbeitsstunden beim Gerätehausumbau geleistet“, so Ortsbrandmeister Tobias Rügenapf.



Für die nächsten 30 Jahre sollte das neue Haus gerüstet sein. Für die Jugendfeuerwehr ist ein Grundstein somit gelegt.

Einige Arbeiten sind noch zum Abschluss zu bringen und dann soll die Einweihungsparty im Herbst steigen. An der alle Einwohner Gleichens herzlich eingeladen sind.

Die gesamten Sanierungskosten liegen unter 100.000 Euro.

Wählen ist das Vorrecht des Souveräns.
Wer sein Wahlrecht nicht wahrnimmt,
macht sich zum Untertan. (Konrad Weiß)

Aus dem Rat

Konjunkturpaket II – 855.000 EURO für Gleicher Infrastruktur

Rund 725.800 Euro Fördermittel aus dem Konjunkturpaket II fließen aus Bundes- und ergänzenden Landesmitteln in den Jahren 2009 und 2010 in die Gemeinde Gleichen. Mit den Eigenmitteln, die Gleichen zur Kofinanzierung aufbringen muss, sind es rund 855.000 Euro, die zusätzlich zur Belebung der Wirtschaft in Gleichen investiert werden.

326.000 EURO sog. Pauschalmittel, die nach der Anzahl der EinwohnerInnen verteilt wurden, sollen überwiegend für energetische Maßnahmen eingesetzt werden. Davon werden mit dem entsprechenden Eigenanteil der Gemeinde Gleichen 240.000 EURO für die Sanierung der Gartetalschule verwandt, 120.000 EURO werden für Energiesparmaßnahmen in Sporthallen ausgegeben. Die Entscheidung, an welchem Standort dies erfolgt, muss noch getroffen werden.

Erfolgreich war der Antrag Gleichens aus dem Förderschwerpunkt „Kommunale Sportstätten“. Entscheidungskriterium für die Verteilung der Mittel war das Alter der Turnhallen. Es wurden nur Hallen aus dem Baujahr 1965 oder älter gefördert. Zum Glück haben wir unsere älteste Turnhalle an der Gartetalschule gemeldet. Diese Halle – 1962 gebaut – wird jetzt komplett saniert. Der Bauantrag ist gestellt und die Gewerke sind zur Ausschreibung vorbereitet. Die Gesamtausbau-

kosten von 413.000 EURO werden mit 330.000 EURO bezuschusst.

Ein weiterer Förderschwerpunkt ist die Schulinfrastruktur. 16.700 EURO erhält die Gemeinde für die Verbesserung der Medienausstattung und 49.300 EURO für die Modernisierung und Sanierung von Schulanlagen. Diese Mittel sollen allen Schulen zugute kommen. Mit den Schulleiterinnen wurde ein gemeinsames Konzept erstellt und die Förderanträge gestellt.

Aus dem Kreistag

Weitere Gesamtschulen im Kreis?

Zum Schuljahr 2009/2010 ist eine neue integrierte Gesamtschule in Bovenden eingerichtet worden. Bis dies möglich war gab es einen langen Kampf. Die SPD Kreistagsfraktion hatte beantragt, insgesamt drei Gesamtschulen im Kreisgebiet einzurichten. Neben Bovenden sollten dies die Schulen in Groß Schneen und in Gieboldehausen sein. Nach teilweise kontroverser Diskussion gab es eine Befragung der Eltern, ob sie denn ihr Kind in einer Gesamtschule beschulen lassen würden. Das Land stellte dann fest, dass die Zahlen nicht ausreichten und man

so keine Gesamtschule genehmigen könne. Nur nach einer Modifizierung des ersten Antrages, zunächst die Schule in Bovenden und dann die übrigen Schulen einzurichten und einer Intervention der Landtagsabgeordneten erklärte man sich dann zu einer weiteren Befragung auch im Stadtgebiet Göttingen bereit. Diese Befragung ergab, dass genügend Schüler für den Start einer weiteren Gesamtschule vorhanden waren und die Schule in Bovenden somit als Gesamtschule umgebildet und ab dem neuen Schuljahr an den Start gehen konnte.

Doch wie geht es nun weiter?

Für die Einrichtung der weiteren Standorte in Groß Schneen und in Gieboldehausen wird es eine erneute Befragung geben. Davon wird es abhängen, ob weitere Gesamtschulen im Kreis gebildet werden.

Um 2010 weitere Gesamtschule einzurichten müsste die Befragung noch vor den Herbstferien durchgeführt werden, damit die Fristen eingehalten werden können.

Die Redaktion der Gleichen Rundschau freut sich, dass es gelungen ist wenigstens eine integrierte Gesamtschule im Kreis zu etablieren und hofft, dass auch die anderen Standorte nun zum Zuge kommen. Voraussetzung dafür ist, dass sich möglichst viele Eltern an der Befragung beteiligen.

Vormerken:

Am Samstag, den 7. November 2009 : Traditionelles Grünkohlessen der SPD Gleichen

Der Vorstand der SPD Gleichen appelliert:

Gehen Sie am 27. September unbedingt zur Bundestagswahl, nehmen Sie Ihr demokratisches Grundrecht wahr! Lassen Sie nicht zu, dass politische Randgruppen die Politik Deutschlands bestimmen! Wählen Sie ein soziales und demokratisches Deutschland.

Impressum

Herausgeber : SPD-Ortsverein Gleichen
Verantwortlich : Ulrike Benstem, Waldstr. 16, 37130 Gleichen; Tel.: 05592-283; ulrike.benstem@web.de
Redaktion : Jörg Dietrich-Munzel, Regina Naumann, Ulrike Benstem, Brigitte Wagener
 Bärbel Diebel-Geries, Manfred Kuhlmann, Edith Rohmoser, Peter Schulze,
 Heinz Jürgen Proch, Horst Fädrieh
Auflage : 3.900